

Wiesbaden, den 7. Mai 2026

Arbeitsgemeinschaft der
Ausländerbeiräte Hessen -
Landesausländerbeirat

Kaiser-Friedrich-Ring 31
65185 Wiesbaden

Tel: 0611/ 98 99 5-0
Fax: 0611/ 98 99 5-18

agah@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de

Feststellungen des Hessischen Integrationsmonitors ernst nehmen und politisch handeln!

Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah) sieht sich durch die Ergebnisse des aktuellen Hessischen Integrationsmonitors in zentralen Positionen bestätigt. Der Bericht zeigt deutlich: Migrantinnen und Migranten sind eine tragende Säule unserer Gesellschaft und unseres wirtschaftlichen Wohlstands. Gleichzeitig macht der Monitor sichtbar, dass strukturelle Benachteiligungen, Diskriminierung und mangelnde politische Teilhabe weiterhin zum Alltag vieler Menschen gehören.

Die aktuellen Zahlen belegen, dass der Beschäftigungszuwachs in Hessen seit 2020 ausschließlich auf ausländische Beschäftigte zurückzuführen ist. Während die Zahl deutscher sozialversicherungspflichtig Beschäftigter stagnierte, stieg die Zahl ausländischer Beschäftigter um 28 Prozent auf rund 560.000 Menschen an. Gleichzeitig warnt der Monitor vor einem zunehmenden Fachkräftemangel und einem erstmals negativen EU-Zuwanderungssaldo in Hessen.

Für die agah ist klar: Ohne Zuwanderung, Integration und gesellschaftliche Teilhabe wird Hessen weder seinen wirtschaftlichen Wohlstand sichern noch den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken können.

„Der Integrationsmonitor bestätigt das, worauf Ausländerbeiräte, Migrantenorganisationen und viele gesellschaftliche Initiativen seit Jahrzehnten hinweisen: Menschen mit Migrationsgeschichte sind längst unverzichtbarer Teil unseres Landes. Sie tragen Verantwortung in Betrieben, Verwaltungen, Schulen, Krankenhäusern und im gesellschaftlichen Leben. Wer Migration weiterhin vor allem als Problem diskutiert, ignoriert die Realität unseres Landes“, erklärt der agah-Landesvorsitzende Enis Gülegen.

Die agah begrüßt ausdrücklich die Feststellung der Hessischen Integrationsministerin Heike Hofmann, dass Hessen ein Einwanderungsland ist und die Zukunft des Landes wesentlich davon abhängt, ob Integration gelingt. Ebenso wichtig sei der Hinweis, dass rassistische und fremdenfeindliche Stimmungsmache mittlerweile ein wirtschaftlicher Standortnachteil sei.

Gleichzeitig zeigt der Monitor erhebliche Probleme auf: Bildungsungleichheit, Benachteiligungen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie zunehmende Sorgen vor Diskriminierung und Rassismus. Laut Bericht machen sich inzwischen neun von zehn Menschen mit Migrationsgeschichte Sorgen über gesellschaftliche Ausgrenzung und rassistische Entwicklungen.

Für die agah offenbart sich darin ein grundlegender Widerspruch: Einerseits wird Integration eingefordert, andererseits werden politische Debatten zunehmend von Ausgrenzung, Abschottung und Forderungen nach „Remigration“ geprägt. Eine Integrationspolitik, die sich vor allem über Abschiebungszahlen definiert, werde weder der gesellschaftlichen Realität noch den wirtschaftlichen Herausforderungen Hessens gerecht.

Integration bedeutet Teilhabe. Integration bedeutet gleiche Chancen. Integration bedeutet politische Mitbestimmung.

Deshalb fordert die agah:

- die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Menschen ohne deutschen Pass,
- die Stärkung, Modernisierung und Weiterentwicklung der Ausländerbeiräte,
- eine konsequente Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung,
- bessere Bildungs- und Sprachförderangebote,
- schnellere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse,
- den Schutz und die Stärkung des Rechts auf Asyl,
- eine Integrationspolitik, die gesellschaftliche Teilhabe statt Ausgrenzung in den Mittelpunkt stellt.

„Die Maxime ‚Wir schaffen das‘ hat sich bewahrheitet. Viele Menschen, die unter schwierigsten Bedingungen nach Deutschland gekommen sind, haben sich hier ein Leben aufgebaut und leisten heute einen unverzichtbaren Beitrag für unser Gemeinwesen. Jetzt ist die Politik in der Pflicht, endlich die richtigen Konsequenzen aus diesen Erkenntnissen zu ziehen“, so Gülegen weiter.

Die agah fordert die Hessische Landesregierung auf, den Feststellungen des Integrationsmonitors konsequent Rechnung zu tragen und eine Integrationspolitik zu gestalten, die diesen Namen verdient. Integration darf nicht als Bringschuld einzelner verstanden werden, sondern muss als gemeinsame gesellschaftliche und politische Aufgabe begriffen werden.